



<p>4. Wie werden Sie, solange es keine UN-Konvention zu den Rechten älterer Menschen gibt, die Grundsätze der Behindertenrechtskonvention nach Art. 3 a-g (Menschenwürde, Teilhabe, Chancengleichheit, Zugänglichkeit, usw.) und die Verpflichtungen nach Art. 4 (insbes. (1) a-i) auf Hochaltrige anwenden?</p>	<p>Als BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir wie kaum eine andere Partei hinter den universellen Menschen- und Bürger*innenrechten. Wir setzen uns auf allen Ebenen für den Schutz von deklassierten oder Menschen mit anderen Hintergründen ein. Seit Jahren sprechen wir von der inklusiven Gesellschaft. Unsere Programme leben auf allen Ebenen in diesem Geiste.</p>	<p>Wir GRÜNE treten für eine inklusive Gesellschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Wir wollen ein „Barrierefreiheits-Gesetz“, damit alle Menschen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können.</p>	<p>Ziel unserer Politik für ältere Menschen ist es, die demografischen Herausforderungen zu meistern, eine Teilhabe älterer Menschen und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Berlin und Deutschland zu sichern. Wir halten es für wichtig, dass der demografische Wandel und die steigende Anzahl älterer Menschen auch im Rahmen der Förderinstrumente angemessen berücksichtigt werden.</p>	<p>... Alle Menschen und alle Altersgruppen sind bereits heute umfassend im Grundgesetz geschützt. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen verringert und beseitigt. Gerade im Hinblick auf Hochaltrige kommen auch die Grundsätze der Behindertenrechtskonvention zum Tragen. Die Einhaltung der Menschenrechte älterer Menschen, deren Beteiligung und Teilhabe auf allen Ebenen - kommunal, national und international - ist für CDU und CSU ein prioritäres Ziel, das wir intensiv weiterverfolgen werden.</p>	<p>Die in Art. 3 der UN-Behindertenrechtskonvention beschriebenen allgemeinen Grundsätze ...sind grundsätzlich auf die Rechte von älteren Menschen übertragbar. In Art. 41 (a-i) werden Verpflichtungen gelistet, die die Durchsetzung der Grundsätze fördern sollen. Wir Freien Demokraten handeln bereits im Sinne dieser Grundsätze. ...</p>		<p>Wir unterstützen den Wunsch nach einer UN-Konvention für ältere Menschen. Bis diese vorhanden ist, sollten Grundsätze aus anderen Konventionen analog genutzt werden um die Rechte von älteren Menschen zu schützen.</p>	<p>Wir unterstützen die Forderungen nach einem verbindlichen Instrument zum besseren Schutz der Rechte von Senioren weltweit. Wir wollen die Lücken schließen, die der Bericht des Hochkommissariats für Menschenrechte in Bezug auf diese Rechte aufgezeigt hat.</p>
<p>5. Welche Maßnahmen werden Sie konkret ergreifen, um Ältere und insbesondere Hochaltrige im Zugang zu digitalen Angeboten und Techniken zu unterstützen, aber auch vorhandene niedrigschwellige analoge Kommunikations- und Informationsangebote für Ältere erreichbar zu machen und auszubauen?</p>	<p>Wir brauchen eine Bildungsinitiative zur digitalen Teilhabe, die auch Altersgruppen jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose WLAN.</p>	<p>Um die Teilhabe auch in der digitalen Welt zu verbessern, wollen wir GRÜNE Initiativen praktischer Bildung und Anwendung im Lebensumfeld und in den Treffpunkten älterer Menschen wie Nachbarschaftszentren und Bibliotheken fördern.</p>	<p>Aufgabe der Politik ist, nicht nur Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern auch die Menschen auf dem Weg der digitalen Transformation mitzunehmen... Gleichzeitig ist es jedoch auch richtig und wichtig, weiterhin analoge Kommunikations- und Informationsangebote insbesondere für ältere oder weniger technikaffine Menschen vorzuhalten.</p>	<p>CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die Digitalisierung das Leben auch für ältere Mitbürger einfacher macht. Wir wollen für viele Bereiche bundesweit einsetzbare Apps und digitale Hilfsmittel entwickeln lassen und für Sicherheit, auch in der digitalen Welt, sorgen ... Daneben wird es mit CDU und CSU weiterhin barrierefreie und einfache analoge Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten für Senioren geben sei es in Beratungsstellen, über Hotlines 4 oder geeigneten Informationsbroschüren, zum Beispiel zur Seniorenernährung oder Teilhabemöglichkeiten.</p>	<p>Digitaler Zugang und digitale Kompetenz sind aus unserer Sicht die Voraussetzung für die digitale Teilhabe älterer Menschen. ... digitale Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen für Menschen mit Behinderungen bzw. körperlich eingeschränkte (ältere) Menschen umsetzen. Sehbeeinträchtigungen von Menschen nehmen besonders im höheren Alter zu. ... wollen wir kontinuierlich und parallel zum Digitalausbau auch analoge Beteiligungsmöglichkeiten im Gemeinschafts- und Freizeitleben für ältere Menschen gewährleisten.</p>		<p>DIE LINKE fordert eine gleichberechtigte, barrierefreie und sichere Teilhabe von älteren Menschen an der Digitalisierung. Dafür sind mindestens drei Punkte zentral: 1. Die technischen Grundlagen müssen allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Das bedeutet, dass Breitband- und Mobilfunkversorgung überall kostengünstig bereitgestellt werden müssen. Bibliotheken, Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser sollten freies öffentliches WLAN anbieten. 2. Seniorinnen und Senioren müssen die Möglichkeit haben, sich zu den Themen der Digitalisierung leicht weiterbilden zu können: von Fragen zur Bedienung und der Angebotsnutzung bis hin zu Wissen über Fake News oder den Schutz vor Betrug. 3. Schließlich muss gewährleistet sein, dass Hard- und Software hohen Ansprüchen der IT-Sicherheit und des Datenschutzes genügen: Auch hier müssen ältere Menschen unkompliziert Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Fragen erreichen können.</p>	<p>Die Corona Pandemie hat uns gezeigt, dass gerade die Alten- und Pflegeheime noch nicht ausreichend mit Internet versorgt sind. Zugleich sind aber die digitalen Kompetenzen der Bewohner*innen besser als oft angenommen. Eine Maßnahme der Offensive gegen Einsamkeit und Vereinsamung wird es sein, in Pflegeeinrichtungen den Zugang zum Internet zum notwendigen Qualitätsmerkmal zu erklären, das für den Kontakt mit Angehörigen unabdingbar ist.</p>
<p>6. Werden Sie endlich Altenhilfe wie Jugendhilfe zu einer Pflichtaufgabe der Kommunen machen, und sie mit angemessenen Mitteln ausstatten?</p>	<p>Die Bezirke sind im Rahmen ihrer Selbständigkeit frei, Mittel für Maßnahmen der Altenhilfe einzustellen.</p>	<p>Der Bund kann den Kommunen keine zusätzlichen Pflichtaufgaben vorgeben, das wäre Aufgabe der Länder.</p>	<p>Wir sprechen uns dafür aus, in Berlin Altenhilfestrukturen verstärkt zu planen sowie auf- und auch auszubauen.</p>	<p>Um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland auch für ältere Menschen zu sichern, müssen die Akteure auf allen Ebenen ihre Verantwortung angesichts der neuen Herausforderungen besser wahrnehmen. Den Kommunen kommt hier eine tragende Rolle zu.</p>	<p>Aktive Altenhilfe findet politisch aus Perspektive der Freien Demokraten vor allem auf Bezirksebene statt. Wir setzen uns in diesem Sinne konkret für eine finanzielle und organisatorische Stärkung der Seniorenvertretungen ein, die sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene im Land Berlin ehrenamtlich aktiv sind.</p>		<p>Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen Stabilität und finanzielle Planungssicherheit, um all ihre Aufgaben - auch jene in der Seniorenpolitik die sie bereits innehaben - wahrnehmen und Seniorinnen und Senioren ein Mehr an gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen zu können. Kommunale Seniorenpolitik muss dafür als Querschnittsaufgabe verstanden werden, Geld einfordern und einplanen, um konzeptionell, fächerübergreifend und effizient die Umsetzung von seniorengerechter Politik zu ermöglichen.</p>	<p>Entscheidend ist für uns, dass die Kommunen gestärkt werden, um in einer alternden Gesellschaft die Teilhabe vor Ort zu ermöglichen. Gerade mit Blick auf ältere Menschen bedeutet, gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern, dass soziale Dienstleistungen nicht abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen sein dürfen. Dazu brauchen wir flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen.</p>
<p>7. Um Einsamkeit entgegen zu wirken - werden Sie eine*n Gemeininn-Beauftragte*n (o.ä.) – d.h. eine*n Leiter*in eines Spiegelreferates für Gemeininn im Bundeskanzleramt mit entsprechendem Zuständigen in den Fachministerien – Soziales, Wissenschaft, Gesundheit, Familie, Bildung, Wirtschaft - einrichten?</p>	<p>Nein, die Einrichtung eines*einer solchen Beauftragten halten wir nicht für den richtigen Weg. Einsamkeit ist ein Thema wie Diversität, Digitalisierung oder Nachhaltigkeit: Es muss im Querschnitt mitgedacht werden, um wirklich nachhaltig Erfolge zu erzielen.</p>	<p>Engagement und Ehrenamt stützen unserer Gesellschaft und fördern den Gemeininn. Wir GRÜNE wollen bürgerschaftliches Engagement ermöglichen, fördern und stärken. Wir wollen Hürden für Engagement ab- und Bildungsangebote für Engagierte ausbauen sowie die Förderpolitik neu aufstellen. Wie eine geeignete Struktur für diese Querschnittsaufgabe auf der Bundesebene aussehen kann/soll, werden wir in Koalitionsverhandlungen einbringen.</p>	<p>Allein mit ehrenamtlichen Kräften wird es nicht gelingen, dem stetig zunehmendem Problem von Einsamkeit in der Großstadt adäquat zu begegnen. Deswegen werden wir eine Einsamkeitsbeauftragte bzw. einen Einsamkeitsbeauftragten für das Land Berlin einsetzen, die bzw. der nicht nur Zeichen setzt gegen soziale Isolation, sondern auch Maßnahmen koordiniert, kontrolliert, ein gut funktionierendes Hilfesystem aufbaut und Konzepte entwickelt. Diese bzw. dieser Beauftragte soll mit einer Vollzeit in der</p>	<p>CDU und CSU haben mit dem Positionspapier der Bundestagsfraktion „Gemeininn gegen Einsamkeit – Für eine nationale Strategie“ <a href="https://www.cdus.de/sites/default/files/2021-02/PP%20Einsamkeit_final.pdf">https://www.cdus.de/sites/default/files/2021-02/PP%20Einsamkeit_final.pdf</a> Wege aus der Isolation in der Pandemie aufgezeigt und gleichzeitig die Grundzüge einer umfassenden nationalen Strategie gegen Einsamkeit definiert. Bestandteil der skizzierten Maßnahmen ist auch die Bestellung einer oder eines Einsamkeitsbeauftragten bei der Bundesregierung. Sie bzw. er soll zentraler Ansprechpartner sein und die Umsetzung der Strategie über die Ressorts und Ebenen hinweg koordinieren</p>	<p>Wir Freien Demokraten stehen Initiativen, die auf die Schaffung eines Einsamkeitsbeauftragten (oder eines vergleichbaren Beauftragten) im Land Berlin abzielen, skeptisch gegenüber.</p>	<p>Auf Bundesebene setzt sich die FDP-Fraktion im Bundestag für einen Aktionsplan ein, der auf den Empfehlungen einer ... Expertenkommission basiert und ressortübergreifende Maßnahmen zur Bekämpfung von Einsamkeit vorschlägt. ... Schaffung einer koordinierenden Stelle im Bundeskanzleramt, die Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Bekämpfung von Einsamkeit anregt und ressortübergreifend abstimmt.</p>	<p>Einsamkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, dass als Querschnittsaufgabe von allen zuständigen Ministerien gemeinsam angegangen werden muss. Es braucht einen umfassenden Aktionsplan im Kampf gegen Einsamkeit. Um diesen zu entwerfen und umzusetzen, kann es sinnvoll sein einen Einsamkeitsbeauftragten einzusetzen. Ein weiteres Ministerium sehen wir kritisch, da mit dem Bundesfamilienministerium bereits eines existiert, das zuständig ist.</p>	<p>Die Verhinderung und Bekämpfung von Einsamkeit ist eine Querschnittsaufgabe, die viele Bundesressorts betrifft. Diese arbeiten eng mit dem federführenden Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammen. Ob zusätzliche zentrale Strukturen für eine solche umfassende Frage hilfreich sind, werden wir prüfen</p>